

Wiederkehrender Aufruhr

Gesellschaftliche Verantwortung im Umgang mit rechtsextremen Strömungen

von Prof. Bascha Mika¹

Festvortrag anlässlich der Verleihung des Innovationspreises 2020 des Fördervereins der Frankfurt University of Applied Sciences (Frankfurt UAS) an Prof. Dr. Michaela Köttig

Liebe Frau Prof. Köttig,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst, liebe Frau Prof. Köttig, meinen herzlichen Glückwunsch zum Innovationspreis 2020! Der Preis würdigt Ihre herausragenden Leistungen in Forschung und Transfer und ist als schönes Weihnachtsgeschenk sicher willkommen.

Ja, es ist Weihnachtszeit. Doch war in den vergangenen Jahrzehnten die Stimmung zum Jahresende schon einmal so bedrückt, so unfroh und bedrohlich?

1. Corona, Lockdown und eine Republik in Erregung

Die Seuche hat uns alle im Griff. Doch so niederdrückend die Umstände derzeit auch sind, ist diese Republik gleichzeitig erregt und zerrissen. Nicht etwa, weil inzwischen über 20.000 Menschen durch das Virus ihr Leben verloren haben, das würde Gefühlsstürme durchaus rechtfertigen.

Den Aufruhr verursacht eine Protestbewegung, die das demokratische Immunsystem gezielt angreift. Eine Bewegung, die darauf hofft, dass die Abwehrkräfte der liberalen Gesellschaft schwächeln.

Die andauernden Demos und Demoankündigungen von Pandemie-Leugnern erzeugen einen Druck, der die Gesellschaft, die Politik und die Medien seit Monaten in Geiselnhaft hält. Denn hier geht es nicht mehr um Masken und Abstandsregeln. Hier geht es um die Legitimität unseres politischen Systems. Und um eine Verschiebung von Schuld.

Die sogenannten Querdenker haben es geschafft, überproportional viel öffentliche Aufmerksamkeit zu bekommen. Ein Muster, das wir seit dem Aufstieg von Populisten sattsam kennen: Schrei laut und anhaltend, so dass alle denken, du seist Viele.

„Der Verlust der Mitte, die Verfestigung der Extreme – sie sind überall“, schreibt die Schriftstellerin Eva Menasse. „Es ist so geisttötend einfach, Sündenböcke zu konstruieren. Es ist emotional auch tief befriedigend, weil es Sicherheit und eigene Entlastung bringt. Es ist so leicht, nach dem starken Mann, nach der harten Lösung zu schreien. Und so böswillig wie effektiv, vermeintliche Tabus zu brechen.“

Zu Silvester mobilisiert Querdenken für eine Party in Berlin, 20.000 Anhänger sollen sich bereits angemeldet haben. In mehreren großen Städten, unter anderen Frankfurt am Main und Dresden, wollten Querdenker am vergangenen Wochenende demonstrieren. Das wurde zwar gerichtlich verboten, scherte die Organisatoren aber wenig.

In Frankfurt gingen tatsächlich ein paar hundert Demonstranten und Gegendemonstranten auf die Straße. Handgreifliche Auseinandersetzungen der beiden Gruppen konnte nur die Polizei verhindern.

In Dresden wurden zwar alle Demonstrationswilligen polizeilich von der Innenstadt ferngehalten, aber nicht nur dort ließ sich beobachten, aus welcher Ecke inzwischen sehr viele Querdenker kommen: aus der rechten und rechtsextremen.

Unter dem Label Querdenken treffen sich rechte Verschwörungsgläubige und Fußballfans wie die „Anti-Antifa-Ultras 2020“, Reichsbürger und die Querdenker 711 aus Stuttgart, sogenannte Selbstverwalter, Pegidisten und militante Neonazis wie die „Division Erzgebirge“. Und aus den Parlamenten heraus wird der Protest lautstark von der AfD unterstützt. Eine üble Gemengelage.

Querdenken vernetzt sich gezielt in verschiedene, rechtsextreme Richtungen. Gern mit dem prominenten Reichsbürger Peter Fitzek, der in Sachsen-Anhalt sein „Königreich Deutschland“ ausgerufen hat. Oder dem Videoblogger Nikolai Nerling, der auf seinem Youtube-Kanal bekennende Holocaustleugner zu Wort kommen lässt.

Querdenker aus Lörrach, Waldshut und Freiburg hatten am Wochenende eine Demo in Weil am Rhein geplant, um sich mit Rechten aus der Schweiz und Frankreich zu verbünden. Andere Initiativen suchen den Kontakt zur rechtsextremen Szene in Tschechien und der Ukraine.

In Deutschland haben all diese Gruppierungen den Widerstand gegen die Corona-Politik der Bundesregierung zu ihrer Sache gemacht. Ihr Ziel: Staatliche Institutionen und das demokratische System zu destabilisieren. Sie haben den Protest gegen die Beschränkung von Freiheitsrechten gekapert, pervertiert, und richten ihn nun gezielt als Waffe gegen die Demokratie.

Dabei ist es noch nicht einmal notwendig, die demokratischen Institutionen zu schleifen, um dieses Land in eine fatale Richtung zu treiben. Es reicht schon, demokratische Normen systematisch zu verunglimpfen und moralische Übereinkünfte zu attackieren. Auch so lassen sich starke Effekte erzielen.

Wo zunächst Kritiker der Pandemie-Maßnahmen mit zum Teil berechtigten Sorgen auf die Straße gingen, ebenso wie Spinner, die eine Weltverschwörung vermuteten, geben jetzt Rechtsextreme Ton und Takt vor.

„Rechte Hools prügeln Demozügen den Weg frei und setzen auf Eskalation“, schreibt der Spiegel. Sie seien die „hässliche Speerspitze“ der rechten Querdenker – wobei sich die Frage stellt, ob ihre Gleichgesinnten tatsächlich weniger hässlich in Wort und Tat sind.

Corona hat den Rechtsextremen eine Bühne geboten, nach der sie seit längerem suchten. Seit die AfD bei Wahlumfragen immer weiter absackt und inzwischen im einstelligen Bereich dümpelt, seitdem sich Pegida und ihrer Anhängerschaft aus der Neonaziszene kaum noch spektakuläre Auftrittsmöglichkeiten bieten, braucht es ein neues Feld, um Aufruhr zu erzeugen. Und gegen den demokratischen Staat anzuschreien. Corona kam wie gerufen.

Dabei ist eine zynische Antwort auf all die Corona-Verleugnung, dass ausgerechnet der Organisator des Querdenken Protests im November in Leipzig inzwischen zu denen gehört, die vom Virus ums Leben gebracht wurden.

„Querdenken richtet sich gegen die freiheitliche Grundordnung“, verkündete Baden-Württembergs Innenminister vergangene Woche. Er lässt die Bewegung nun offiziell vom Verfassungsschutz beobachten, weil es genügend Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen gebe. Die Szene zeichne sich zunehmend durch Antisemitismus und wachsende Gewaltbereitschaft aus, heißt es.

2. Von der Straße ins Parlament und zurück auf die Straße

Von allen Parteien in Deutschland haben die Grünen sicher die größte Distanz zu rechtem

Gedankengut. Dennoch gibt es Verbindungspunkte zwischen den Grünen und der Alternative für Deutschland. Denn bedauerlicherweise haben die Rechten von den Grünen gelernt.

Bekanntlich sind die Grünen aus dem linksalternativen Milieu und der Sponti-Szene hervorgegangen. Politik hat dieses Milieu im außerparlamentarischen Raum und auf der Straße gelernt, bei den Bürgerinitiativen, den sozialen Bewegungen, bei all den Protestformen, die sich in den 1970er und 80er Jahren artikulierten. Es war die Erfahrung der Straße, die die Grünen zu einer Partei geformt und in die Parlamente gebracht hat.

Und was ließ sich bei der AfD beobachten? Als sich die EU-skeptische und rechtsliberale Alternative für Deutschland ab 2015 radikalisierte, hatte Pegida – die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes – seine nationalistischen und rassistischen Botschaften bereits regelmäßig auf die Straße getragen.

Der Publizist Olaf Sundermeyer analysierte, wie es AfD-Mitgründer Alexander Gauland geschafft hat, den Straßenprotest von Pegida für seine eigene, damals noch marginalisierte Partei nutzbar zu machen. Sundermeyer beschreibt, wie Gauland den Schulterchluss mit der völkischen Organisation suchte, um deren politische Energie, das Ressentiment gegenüber dem Staat, der Obrigkeit und den Medien auf die AfD umzulenken.

Dem AfDler gelang, sich das Gewaltmonopol für die Massenveranstaltungen auf der Straße zu sichern und damit erfolgreich den Export der außerparlamentarischen Bewegung in seine Partei zu organisieren. Er hatte sehr schnell begriffen, dass sich der Straßenprotest aus Hut- und Wutbürgern zusammensetzt, milieu- und parteiübergreifend. Außerparlamentarische Bewegung und zugleich Vertretung im Parlament – ein wichtiges Erfolgsrezept der AfD.

Mit dem Druck der Straße schaffte es die AfD seitdem immer wieder, ihre Bedeutung und ihren Rückhalt in der Bevölkerung auf abstruse Weise aufzublasen und hochzujazzen – so dass man sich immer wieder ins Bewusstsein rufen musste: Verdammt, das ist nicht die Mehrheit im Land!

Doch spätestens durch die Pandemie gerät die AfD zunehmend ins Abseits. Die Meinungsforscher von Forsa sehen sie – wäre jetzt Bundestagswahl – nur noch bei acht Prozent der Wählerstimmen. Wahrscheinlich ist es der drohende Niedergang, der Alexander Gauland und seine Co-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel zu einem radikalen Kurswechsel veranlasste.

Zu Beginn der Corona-Krise gaben sich Gauland und Weidel noch ganz deutschnational und sorgten sich um das Wohl der besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Gauland lobte sogar die Bundesregierung und Kanzlerin Merkel: „Die Regierungspolitik enthält viele Einsichten, die wir für richtig halten und die wir teilen.“

Doch inzwischen spricht er von einer „Corona-Diktatur“ und sucht den Schulterchluss mit rechten Querdenkern. Die AfD unterstützt die Pandemie-Leugner und -Verharmloser und macht sich mit denen gemein, die Maskenpflicht und begrenztes Shopping als den Inbegriff der Freiheitsberaubung ansehen. Das verhasste System zu untergraben ist den AfDlern offenbar wichtiger als Menschenleben und das Wohl der Nation, das sie sonst so gern im Munde führen.

Dabei geht es wohl hauptsächlich ums eigene politische Überleben und das der Partei. Wenn die AfD nicht mehr an Ressentiments anknüpfen kann, die auf die Straße getragen werden, wenn sie das demokratiefeindliche Publikum nicht mehr erreicht, das gerade die größte öffentliche Aufmerksamkeit besitzt, – ja dann wird es schwer mit populistischen Erfolgen.

Also lieber bei Querdenken andocken und versuchen, den Druck der Straße erneut für die eigene Partei nutzbar zu machen. Und dabei möglichst viel Aufruhr zu verursachen, damit die Republik nicht zur Ruhe kommt. Das Selbstverständnis einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft soll sich schleichend verändern, bis es in seinen Grundfesten erschüttert ist.

Immerhin sieht es zurzeit aber so aus, als sei die Strategie der AfD, als politischer Arm der Querdenker-Proteste gestärkt aus der Pandemie hervorzugehen, eher gescheitert. Die miesen Umfragewerte für die Alternative geben Anlass zur Hoffnung.

3. Überzeugung, Vertrauen, Gerechtigkeit

Wie kann die Gesellschaft ihre Abwehrkräfte gegen rechtsextreme Strömungen stärken? Was braucht es, um die Demokratie vor der Erosion zu schützen? Drei Anmerkungen:

Es gibt eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich „die Politiksprecher“ nennt. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, Jugendliche für die Demokratie zu aktivieren und bietet an Schulen Projekttag mit Vorträgen und Diskussionen zum Grundgesetz und den Grundrechten an.

Obwohl die NGO eng mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zusammenarbeitet – an ihrer Seriosität also kein Zweifel besteht –, ist es für sie oft mühsam, ihr Angebot an Schulen zu platzieren. Viele Schulleitungen sperren sich. Vor allem in den östlichen Bundesländern.

O-Ton eines thüringischen Schuldirektors: „Na ja, über die Verfassung zu reden, das ist doch wohl zu einseitig. Da fehlt ja die andere Seite.“

Frage der Politiksprecher: Wenn wir über das Grundgesetz diskutieren, welche andere Seite sollte dann noch zu Wort kommen? Darauf blieb der Schulleiter zwar eine Antwort schuldig, aber bei seiner Weigerung, einen Demokratie-Projekttag zu organisieren, blieb er trotzdem.

Wenn also selbst in unseren Schulen nicht vorbehaltlos für das Grundgesetz und ein demokratisches Gemeinwesen geworben wird, wie sollen dann künftige Generationen daran glauben? Demokratie braucht Überzeugung!

Die große Europäische Jugendstudie ist zwar schon drei Jahre alt, aber meiner Meinung nach noch immer aussagekräftig. Diese Untersuchung hat festgestellt, dass in Deutschland über 70 Prozent der jungen Leute kein Vertrauen in die Politik haben. Über 70 Prozent erwarten nichts Positives von den politischen Institutionen. Zu oft haben die Jungen den Eindruck, dass es in der Politik mehr um Machterhalt statt um das Wohl des Staates und seiner Bevölkerung geht.

Das ist alarmierend! Wie soll eine demokratische Zukunft gesichert werden, wenn dieses politische System nicht wertgeschätzt wird? Demokratie braucht Vertrauen!

Demokratie ist, wie der Sozialphilosoph Rainer Forst schreibt, „die politische Praxis der Gerechtigkeit“. Somit werden, wenn der Gerechtigkeitssinn gestört ist, auch die Demokratie und das Gemeinwesen beschädigt.

Wie wirkt sich wohl die soziale Ungleichheit in Deutschland ganz praktisch im Leben eines Busfahrers aus? Was heißt es für sein Gerechtigkeitsempfinden, wenn zehn Prozent der

Bevölkerung mehr als 50 Prozent des Vermögens besitzen, sich Armut und Reichtum seit vielen Jahren verfestigt haben, er selbst aber mit seiner Familie auf keinen grünen Zweig kommt?

Was denkt wohl die mies bezahlte Pflegerin, die sich auf ihren von der Regierung versprochenen Corona-Bonus gefreut hat, aber dann wegen der zu geringen Gesamtsumme und des Verteilungsschlüssels leer ausgeht? Während Unsummen an Unterstützungsgeldern in die Lufthansa, die Autoindustrie und die Reisebranche fließen?

Kaum etwas besorgt die Menschen hierzulande so sehr wie die soziale Kluft zwischen Arm und Reich. In Teilen der Bevölkerung gibt es ein Gefühl der Benachteiligung und das starke Empfinden, ungerecht behandelt zu werden. Doch wo soziale und wirtschaftliche Ungleichheit herrscht, drohen soziale Spannungen und Spaltung. Wer sich ungerecht behandelt glaubt, kann Gefühle der Ohnmacht, Demütigung und Hilflosigkeit entwickeln, die zu dauerhaften Ressentiments gegen Andere, zu Wut und Rachgier führen können.

Eine Gesellschaft, die sich nicht um Gerechtigkeit und sozialen Ausgleich bemüht, ist in ihren demokratischen Werten zutiefst gefährdet. Demokratie braucht Gerechtigkeit!

Lange Zeit haben wir unser demokratisches Gemeinwesen als resistent und wehrhaft betrachtet. Waren wir nicht stolz auf unsere zivilisatorischen Erfolge, die wir uns in über 70 Jahren hart erarbeitet haben?

Doch da gibt es diesen Satz von Barack Obama: „Die Demokratie ist immer dann gefährdet, wenn man sich ihrer sicher glaubt.“

¹Zur Autorin:

Die Publizistin, Buchautorin und Journalistin Prof. Bascha Mika war von 1998 bis 2009 Chefredakteurin der taz und von 2014 bis März 2020 Chefredakteurin der Frankfurter Rundschau. Seit 2007 ist Mika Honorarprofessorin an der Universität der Künste, Berlin, und leitete dort fünf Jahre den Studiengang Kulturjournalismus.